Affären

Ex-Porsche-Chefs vor Freispruch

Das Strafverfahren gegen die ehemaligen Porsche-Manager Wendelin Wiedeking und Holger Härter könnte mit einer Schlappe der Staatsanwaltschaft frühzeitig zu Ende gehen – einem Freispruch. Das ließ die zuständige Kammer am Landgericht in Stuttgart in den vergangenen Verhandlungstagen mehrfach durchblicken. Die Staatsanwaltschaft hatte den Managern vorgeworfen, während der versuchten Übernahme von Volkswagen durch Porsche mit mehreren falschen Erklärungen den Börsenkurs der VW-Aktie manipuliert zu haben. Bereits die eingereichten Akten der Staatsanwaltschaft, so der Vorsitzende Richter Frank Maurer, hätten die Anklage nur teilweise gestützt. Die bisher präsentierten Zeugen seien für die Ankläger ebenfalls unergiebig gewesen. fdo, haw

Kaiser's Tengelmann

Edeka-Rivalen über Gabriel verärgert

Die deutsche Handelskette Rewe und die schweizerische Migros fühlen sich von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) übergangen. Dieser hatte Anfang der Woche verkündet, den Verkauf der klammen Supermarktkette Kaiser's Tengelmann an den Marktführer Edeka unter Auflagen zu erlauben. Es gebe keine anderen Angebote, die die 16 000 Arbeitsplätze bei Kaiser's Tengelmann hätten retten können, so die Begründung. Tatsächlich aber lagen dem Minister zwei weitere verbindliche Kaufangebote vor. So bot die Kölner Rewe Group dem Kaiser's-Tengelmann-Besitzer Karl-Ervian Haub mit Schreiben vom 30. November 2015 nicht nur einen Kaufpreis von mindestens 450 Millionen Euro, sondern auch den Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen, Tarifbindung und tarifliche Bezahlung. Rewe sicherte außerdem zu, keine Filialen an selbstständige Kaufleute zu übergeben. Exakt diese Auflagen hat Gabriel jetzt zur Bedingung für ein Ja zum Verkauf an Edeka gemacht. Auch der schweizerische Migros-Konzern, der in Deutschland die Tegut-Supermärkte betreibt, bestätigte, „eine verbindliche Offerte für eine Übernahme der süddeutschen Tengelmann-Standorte" eingereicht zu haben. Über dieses Angebot sei das deutsche Wirtschaftsministerium in Kenntnis gesetzt gewesen. Warum Gabriel trotzdem keine Alternative zu Edeka sieht, wollte das Wirtschaftsministerium nicht kommentieren. sam

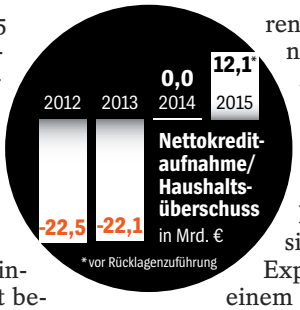
Commerzbank

Doppelte Nachfolge

Die Commerzbank sucht nicht nur einen Nachfolger für Vorstandschef Martin Blessing, sondern auch für den, der ihn auswählen müsste: Aufsichtsratschef Klaus-Peter Müller. Der Aufsichtsrat hat auf Müllers Bitte Ende vergangenen Jahres eine Suchkommission eingerichtet, um einen Nachfolger für ihn zu finden. Müller soll sich zuvor drei Jahre lang selbst ohne Erfolg um einen passenden neuen Chefkontrolleur bemüht haben. Müller wird im Herbst 72. Nach der im Commerzbank-Kodex festgelegten Regelaltersgrenze müsste er bei der Hauptversammlung 2017 ausscheiden. Zwar läuft Müllers Vertrag noch bis zum Frühling 2018; wenn die Suchkommission schnell Erfolg hat, gilt ein früherer Ausstieg jedoch als möglich. Die Nachfolgersuche treibt Markus Kerber voran, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Müller stand in den vergangenen Jahren immer wieder in der Kritik, weil er zunächst als Vorstandssprecher und dann als Aufsichtsratschef die Übernahmen der Eurohypo und der Dresdner Bank zu verantworten hatte, wegen derer die Commerzbank 2008 vom Staat vor dem Zusammenbruch gerettet werden musste. mhs

RALPH ORLOWSKI / REUTERS

Blessing, Müller

Die Samstagsfrage Wohin mit zwölf Milliarden Euro?

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat 2015 einen Überschuss im Bundeshaushalt von 12,1 Milliarden Euro verbucht, so viel wie noch keiner seiner Vorgänger. Das Geld speist er in eine Rücklage ein, mit der er dieses Jahr die Kosten des Flüchtlingsansturms bewältigen will. Doch wohin mit dem Geld, bis es gebraucht wird? Etwa an der Börse spekulieren? „Wir kaufen damit keine Aktien", heißt es im Finanzministerium. Deutsche Bundesanleihen kaufen? Fällt ebenfalls aus. Die Zinsen, die er dabei einnähme, würde er vorher selbst bezahlen. Also investiert er in Anleihen anderer Länder? Nein, denn dann würde der Bund in Konkurrenz treten zum Anleihekaufprogramm der EZB oder fremde Regierungen finanzieren. Tatsächlich lässt Schäuble die Milliarden in den normalen Geldkreislauf des Bundeshaushalts fließen, um täglich anfallende Ausgaben zu bestreiten, vom Zuschuss zur Rentenversicherung bis hin zu Beamtengehältern. So setzt er Mittel frei, beispielsweise aus Steuereinnahmen, die ursprünglich für diese Aufgaben vorgesehen waren. Er schiebt also seine Milliarden vor sich her, bis er sie bei Bedarf für die Flüchtlinge ausgeben kann. Experten sprechen in diesem Zusammenhang von einem Bodensatz im Etat. Eine Rücklage im Sinne eines Guthabens gibt es also nicht. Zinsen erwirtschaftet Schäuble so nicht. Aber er spart welche, weil er wegen des Liquiditätspolsters auf Überbrückungskredite verzichten kann. rei